

## LEHRE UND FORSCHUNG

### **Alles streichen, alles abschaffen – die wissenschafts- und gleichstellungsfeindliche Politik der Alternative für Deutschland (AfD)**

MAGDALENA BELJAN

Wie begegnen Hochschulen dem eklatanten Lehrkräftemangel an den Schulen? Wie lassen sich Arbeitsbedingungen und Karrieremöglichkeiten für Wissenschaftler\*innen verbessern? Welche Auswirkungen haben sinkende Studierendenzahlen auf die Strukturentwicklung von Hochschulen? Diese Fragen bestimmen die aktuellen Debatten der Wissenschafts- und Forschungspolitik in Deutschland. Keine dieser Fragen ist aber im Fokus der AfD. Das erstaunt bei einer Partei, die in ihrer Gründungsphase als „Professorenpartei“ bekannt geworden war und die zumindest noch 2017 mit 20,7% über den zweithöchsten Anteil an Bundestagsabgeordneten mit Doktor- oder Professor\*innentitel verfügte – übertroffen nur noch von der Christlich Demokratischen Union (CDU) mit 21,7%. (Statista 2017). Daraus könnte man folgern, dass Wissenschaftspolitik ein Ressort sei, bei dem die AfD über besonders viel Expertise verfüge, aber auch, dass die Partei in diesem Bereich mit Ideen für die Weiterentwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandorts Deutschland besonders profilieren könne. Zumindest letzteres lässt sich ganz klar verneinen. Stattdessen überwiegt bei der AfD der massive Wunsch alte Strukturen wiederherzustellen und die Forderung jegliche Themen und Bereiche, die sich auch nur ansatzweise mit Gender beschäftigen, abzuschaffen.

#### **Das AfD-Grundsatzprogramm 2016**

Werfen wir zunächst einmal einen genaueren Blick in das Grundsatzprogramm der AfD von 2016. In Kapitel 8 „Schule, Hochschule und Forschung“ wird gefordert: Die Grundfinanzierung solle gestärkt werden und das Promotionsrecht nur Universitäten vorbehalten sein. Pädagogische Hochschulen sollen wiedereingeführt werden ebenso wie Diplom, Magister und Staatsexamen. Studienanforderungen sollen erhöht werden und – das mag geradezu überraschen – kleine Fächer, zu denen je nach Definition auch Gender Studies gezählt werden, sollen erhalten bleiben (AfD 2016, 51-52).

Nichtsdestotrotz heißt es in „8.1.2 Förderung der ‚Gender-Forschung‘ beenden“:

„Die Gender-Forschung erfüllt nicht den Anspruch, der an seriöse Forschung gestellt werden muss. Ihre Methoden genügen nicht den Kriterien der Wissenschaft, da ihre Zielsetzung primär politisch motiviert ist. Bund und Länder dürfen daher keine Sondermittel für die Gender-Forschung mehr bereitstellen. Bestehende Genderprofessuren sollten nicht

mehr nachbesetzt, laufende Gender-Forschungsprojekte nicht weiter verlängert werden“ (AfD 2016, 52).

Das Grundsatzprogramm enthält somit Pauschalisierungen und Falschaussagen. Geschlechterforschung wird explizit, aber auch implizit (durch die Setzung in Anführungszeichen) ihre Wissenschaftlichkeit abgesprochen ohne zu verraten, wer genau die „Kriterien der Wissenschaft“ definiere (und wie diese aussehen), und was „seriöse Forschung“ denn sei. Ignoriert werden die Vielfalt und die Interdisziplinarität geschlechtertheoretischer Forschungsansätze. Stattdessen wird suggeriert, dass es „[d]ie [sic!] Gender-Forschung“ gebe, die „primär politisch motiviert“ sei. Darüber hinaus bemüht die AfD bereits in diesem frühen Programm das falsche Narrativ der expliziten Förderung von „Gender-Forschung“ durch „Sondermittel“ von Bund und Ländern und durch „Genderprofessuren“. Suggestiert wird, dass Geschlechterforschung ein klar umrissenes Feld sei, welches im Gegensatz zu anderen eine besondere staatliche Unterstützung genieße. Dass es kaum Professuren mit einer Gender-Denomination gibt (Bock/Nüthen 2014), wird außer Acht gelassen. Was genau „die Gender-Forschung“ ist, bleibt unklar. Ebenso uneindeutig ist, ob es um Forschungs- und Gleichstellungsprogramme geht, also um Programme, die explizit Forschungsförderung betreiben, bei denen Geschlecht im Zentrum steht, oder ob damit gleichstellungspolitische Maßnahmen in der Wissenschaft gemeint sind. Klar ist für die Partei nur eins: Es ist zu viel und muss abgeschafft werden.

Nun könnte man einwenden, dass das Grundsatzprogramm der Partei bereits acht Jahre alt und Papier geduldig sei. Allerdings fanden sich derzeit bereits „[i]n KandidatInnenäußerungen und Kampagnenmaterial (...) vielfach weitaus radikalere Haltungen als in der Programmatik. Die wohl bekannteste und älteste Kampagne zum Thema, die sich inzwischen auch programmatisch niederschlägt, ist die Kampagne ‘Stoppt den Gender-Wahn’, die sich vor allem in sozialen Medien abspielt“, so Jasmin Siri (2016, 75). In diesem Sinne ist das Grundsatzprogramm also noch als gemäßigt zu betrachten.

### **Aktuelle AfD-Positionen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik**

Doch wie sieht es mit der Wissenschafts- und Forschungspolitik der AfD aktuell aus? Auch ein Blick auf das Wahlprogramm von 2021, das unter dem fast schon satirischen Titel „Deutschland. Aber normal“ veröffentlicht wurde, zeigt, dass die Forderungen aus dem Grundsatzprogramm wiederholt werden. Bereits in den ersten Zeilen des Kapitel 15 „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ wird abwertend von einem „Akademisierungswahn“ gesprochen. Im Hinblick auf Wissenschaft und Forschung werden die Forderungen der Wiedereinführung von Diplom und Magister, der höheren Grundfinanzierung und der Einführung von Aufnahmeprüfungen an Hochschulen wiederholt. Und auch hier findet sich die scheinbar konkrete Forderung wieder: „Kein Geld für ‚Gender Studies‘ [sic!], keine Gender-Quoten“ (AfD

2021, 154). Den Gender Studies wird abermals ihre Wissenschaftlichkeit abgesprochen und falsche Behauptungen werden aufgestellt:

„Kern der Gender-Ideologie ist die Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau, verbunden mit der Behauptung, dass Geschlechter nur soziale Konstrukte seien. Unterschiede etwa bei der Auswahl und Ausübung von Berufen werden als Beweis einer vermeintlichen Diskriminierung betrachtet und deren Beseitigung gefordert. Behauptungen der Gender-Ideologie stehen im Widerspruch zu Erkenntnissen der Biologie. Alle Fördermittel für die auf der Gender-Ideologie beruhende Lehre und Forschung sind zu streichen. Politisch korrekte Sprachvorgaben zur Durchsetzung der Gender-Ideologie lehnen wir ab. Gleichstellungsbeauftragte sind abzuschaffen. Bei der Besetzung von Stellen muss allein die fachliche Qualifikation des Bewerbers entscheiden“ (AfD 2021, 154).

Solche Falschaussagen zur Geschlechterforschung und zur Gleichstellung reproduziert die AfD auch in Kleinen und Schriftlichen Anfragen an Länderregierungen und die Bundesregierung. „Aufgrund seiner spezifischen Struktur“, so Mechthild Bereswill, Gudrun Ehlert und Anke Neuber (2021, 109), „erlaubt das Instrument der Anfrage, zentrale Argumentationslinien des rechtspopulistischen Antifeminismus in einen bürokratisch kontrollierten und legitimitierten Diskurs einzubringen und so als ‚sagbare‘ Positionen zu stärken“. Der Geschlechterforschung wird ihre Wissenschaftlichkeit abgesprochen und den Landesregierungen und der Bundesregierung wiederum ihre Kompetenz, politisch angemessen zu intervenieren.

## Fazit

Dies alles ist, wie erläutert, leider nicht neu. Auf die wissenschaftsfeindliche Dimension der AfD-Politiken weisen Wissenschaftler\*innen seit Jahren hin. Sabine\_Hark und Paula-Irene Villa sprechen bereits 2015 von einem „Anti-Genderismus“: „Der Begriff ‚Anti-Genderismus‘ ist unglücklich, dessen sind wir uns als Herausgeber\_innen und Autor\_innen bewusst. Und doch enthält er im Kern, worum es geht: Um eine ‚Anti‘-Haltung, eine Abwehr gegen Gender beziehungsweise gegen das, was diesem Begriff unterstellt wird“ (Hark/Villa 2015, 7). Die Ablehnung der Gender Studies seitens der AfD und die Forderung nach ihrer Abschaffung muss in einem breiteren antifeministischen und wissenschaftsfeindlichen Kontext betrachtet werden. In diesem wird, so hat es wiederum Heike Mauer (2021, 278) auf den Punkt gebracht, „Geschlechterforschung als Erfüllungsgehilfin von ‚Gender-Ideologien““ abgewertet. Antifeminismus und Antigenderismus sind Teil einer „Normalisierung neoreaktionärer Politiken“, so haben es auch Aline Oloff und Sabine\_Hark (2018) beschrieben. Wenig beruhigend konstatieren sie: „Der Prozess der Normalisierung neoreaktionärer Politiken der Feindschaft ist längst in vollem Gange“ (Hark/Oloff 2018, 246). Es ist Aufgabe einer demokratischen Wissenschaft, sich diesem Prozess und jenen Politiken entschieden entgegenzustellen.

## Literatur

- Bereswill, Mechthild/Ehlert, Gudrun/Neuber, Anke**, 2021: Feindselige Anfragen. Die Nutzung eines parlamentarischen Instruments zur Diskreditierung der Geschlechterforschung. In: *Gender. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft* (2021) Nr. Sonderheft 6, 108–122. DOI: <https://doi.org/10.25595/2099>.
- Bock, Ulla/Nüthen, Inga**, 2014: Genderprofessuren eine Erfolgsgeschichte? Ein Blick hinter die Kulissen. In: *FEMINA POLITICA* 23 (2), 154-158. DOI: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i2.17625>.
- Hark, Sabine\_/Oloff, Aline**, 2018: Normalisierung neoreaktionärer Politiken. Einleitung. In: *Feministische Studien* 36 (2), 243-250.
- Hark, Sabine\_/Villa, Paula-Irene** (Hg.), 2015: Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld.
- Mauer, Heike**, 2021: Nichts als Wahn und Ideologie? Rechtspopulistische Angriffe auf die Geschlechterforschung und die Politisierung von Geschlechterverhältnissen. In: Kim, Seongcheol / Selk, Veith (Hg.): *Wie weiter mit der Populismusforschung?* Baden-Baden, 271-292.
- Siri, Jasmin**, 2016: Geschlechterpolitische Positionen der Partei Alternative für Deutschland. In: Häusler, Alexander (Hg.): *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*, Wiesbaden, 69-80.
- Statista**, 2017: Anteil der Bundestagsabgeordneten mit Doktor- oder Professorentitel nach Parteien im 19. Deutschen Bundestag, Stand: Oktober 2017. Internet: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/798117/umfrage/anteil-der-doktoren-und-professoren-im-bundestag-nach-parteien/> (09.07.2024).

## Quellen

- AfD**, 2016: Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart am 30.04./01.05.2016. Internet: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm\\_AfD\\_Online\\_.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf) (05.07.2024).
- AfD**, 2021: „Deutschland. Aber normal“. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, beschlossen auf dem 12. Bundesparteitag der AfD in Dresden, 10. bis 11. April 2021. Internet: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611\\_AfD\\_Programm\\_2021.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf) (08.07.2024).